

# „Künftig mit einer Stimme sprechen“

Überörtliche Verkehrsplanung war Thema im Gemeinderat

---

(rof). In einem Antrag an den Gemeinderat machte sich die WBB-Fraktion für eine überörtliche Verkehrsplanung der Bundesstraße 293 und der Landesstraße 559 sowie eine sachgerechte Trassenführung der Südrandstraße in Weingarten stark. Sie begründete dies damit, dass die Verkehrsströme durch Walzbachtal, Pfinztal und Weingarten eng miteinander verbunden seien.

Die Bürger der betroffenen sechs Kommunen Walzbachtal, Pfinztal, Karlsruhe, Stutensee, Bruchsal und Weingarten hätten ein gemeinsames Interesse, die klassifizierten Straßen außerhalb jeglicher Wohnbebauung zu führen.

Die seit Jahrzehnten diskutierte Mauertaltrasse als Alternative zur Jöhlinger Straße sei

sowohl politisch als auch ökologisch nicht durchsetzbar. Neue Straßen, die der Bund oder das Land finanzieren, müssten eine überörtliche Verkehrsrelevanz nachweisen. Es sei daher auch künftig ausgeschlossen, dass die sechs Kommunen jeweils eigene Umgehungen finanziert bekommen. Eine Lösung wäre aus Sicht der WBB-Fraktion die so genannte Knittelberg-Tunnelvariante der B 293, die bereits vor Jahrzehnten als echte Ortsumfahrung für Berghausen und Grötzingen untersucht wurde. Mit einer einzigen Straßenverbindung könnte die B 293 die Gemeinden Walzbachtal, Pfinztal und Weingarten und deren Bürger deutlich entlasten.

Lesen Sie weiter auf Seite 2.

[Weiter auf der nächsten Seite](#)

# WBB beantragt Datenerhebung zu künftigen Verkehrsströmen

Fortsetzung von Seite 1

(rof). Mit einer Weiterführung bis zum Rhein würde eine ortsdurchfahrtsfreie Bundesstraße von Heilbronn nach Rheinland-Pfalz die notwendige Fernverkehrsrelevanz nachweisen.

Daher regt die WBB-Fraktion an, dass die Bürgermeister der drei Gemeinden eine einvernehmliche Lösung formulieren, künftig mit einer Stimme sprechen und die gemeinsam verfasste schriftliche Erklärung zusätzlich von den jeweiligen Ratsgremien bestätigen lassen.

Weitere Abstimmungen mit den Oberbürgermeistern von Karlsruhe, Stutensee und Bruchsal seien zwingend erforderlich. Parallel solle der Landesverkehrsminister eingela-

den werden, um die Erklärung der Kommunen entgegenzunehmen und die Standpunkte der Landesregierung öffentlich zu erklären.

Weiterhin beantragte die WBB-Fraktion eine zeitnahe, öffentliche Erörterung im Gemeinderat zu den aktuellen Sachständen der Verkehrsprobleme, die Weingarten betreffen. Ein Vertreter des Regierungspräsidiums solle verbindliche Sachstandsplanungen der Öffentlichkeit erläutern.

Im Detail wünscht die WBB-Fraktion konkrete Aussagen zur aktuellen Verkehrsplanung im Raum Walzbachtal, Pfinztal, Weingarten, Karlsruhe, Stutensee und Bruchsal, also zur B 293, B 10, B 35, L 559, L 560, Umfahrung Hagsfelds und Nordtangente bis zur Rheinquerung sowie zu

Realisierungsmöglichkeiten der „Knittelbergvariante“ als Tunnellösung und einen Sachstandsbericht über die künftigen Klassifizierungen von Bundes- und Landesstraßen in der Region.

Außerdem wollen die Antragsteller wissen, welche Funktion die künftige Südrandstraße erfüllen muss und welche Klassifizierung sie erhalten wird und wie der Sachstand der Planungen zur Bahnquerung „Häcker“ ist sowie unter welchen Voraussetzungen die jetzige Rudolf-Diesel-Straße einen westlichen Straßenneubau ersetzen könnte.

Für eine sachgerechte Entscheidung der Trassenführung der Südrandstraße westlich der Bahn sollte nach Meinung der WBB eine neue, aussagekräftige Erhebung der Ver-

kehrsdaten über aktuelle und künftig zu erwartende Verkehrsströme an den wesentlichen Kreuzungspunkten der B 3 und der L 559 durchgeführt werden.

Für die WBB-Fraktion sei es elementar zu wissen, welche Funktion und welche Verkehrsströme die Südrandstraße künftig bewältigen muss. Die mögliche nachgewiesene oder ausbleibende Bedeutung für den durchgehenden Verkehr sei entscheidend, ob eine ortsnahe oder eine entfernte Trasse mit direkter Anbindung an die L 559 bei der Deponie Dörnig favorisiert wird. Wegen der Komplexität der angesprochenen Verkehrsprobleme hat der Gemeinderat den Antrag mehrheitlich in den Ausschuss für Umwelt und Technik verwiesen. Die Verwaltung wird in der Zwischenzeit entsprechende Gespräche mit den Gemeinden Pfinztal und Walzbachtal führen.

Die Skizze zeigt den vom Regierungspräsidium untersuchten Varianten. Mittig zu sehen, die „Variante 4 Knittelberg“

